



Eingereichte Stellungnahmen im Rahmen des Vernehmlassungs- verfahrens «Änderung der Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von flüssigen Treib- und Brennstoffen (SR 531.215.41)»

1. Kantone (24)

- Aargau
- Appenzell Innerrhoden
- Appenzell Ausserrhoden
- Bern
- Basel-Land
- Basel-Stadt
- Freiburg
- Genf
- Glarus
- Graubünden
- Jura
- Luzern
- Neuenburg
- Nidwalden
- Obwalden
- St. Gallen
- Schaffhausen
- Solothurn
- Thurgau
- Tessin
- Uri
- Wallis
- Zug
- Zürich

2. Politische Parteien (3)

- FDP. Die Liberalen
- Schweizerische Volkspartei SVP
- Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP

4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete (1)

- Schweizerischer Städteverband

5. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft (3)

- Schweizerischer Gewerbeverband
- Schweizerischer Arbeitgeberverband
- Schweizerischer Bauernverband (SBV)

7. Weitere interessierte Kreise (3)

- Biofuels Schweiz
- VCS
- CARBURA



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
3003 Bern

12. Dezember 2018 (RRB Nr. 1216/2018)

**Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 21. September 2018 haben Sie uns den Entwurf der teilrevidierten Mineralölpflichtlagerverordnung sowie den erläuternden Bericht zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir mit den vorgeschlagenen Änderungen ohne weitere Bemerkungen einverstanden sind.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatschreiberin:

Dr. Thomas Heiniger

Dr. Kathrin Arioli



Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Herr Bundesrat
Johann N. Schneider-Ammann
Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern
info@bwl.admin.ch

12. Dezember 2018

RRB-Nr.: 1 3 3 7 / 2 0 1 8
Direktion Volkswirtschaftsdirektion
Unser Zeichen --
Ihr Zeichen --
Klassifizierung Nicht klassifiziert



Vernehmlassung des Bundes: Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung; Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur geplanten Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung Stellung nehmen zu können.

Der Regierungsrat des Kantons Bern ist mit den vorgesehenen Anpassungen einverstanden. Der Einbezug der inländischen Produzenten von Mineralölprodukten mit beigemischten Bio-komponenten in die Pflichtlagerhaltung beseitigt die bestehende Ungleichbehandlung gegenüber den Importeuren und stärkt gleichzeitig die Versorgungssicherheit.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident

Christoph Neuhaus

Der Staatsschreiber

Christoph Auer

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion



Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 51 55
buwd@lu.ch
www.lu.ch

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Per E-Mail an: info@bwl.admin.ch

Luzern, 11. Dezember 2018

Protokoll-Nr.: 1277

Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung: Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. September 2018 haben Sie die Kantonsregierungen zur obengenannten Vernehmlassung eingeladen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und teilen Ihnen im Namen und Auftrag des Regierungsrates des Kantons Luzern mit, dass wir zur Vorlage keine Bemerkungen anzubringen haben.

Freundliche Grüsse



Robert Küng
Regierungsrat



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössische Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL)
Sektion Vorratshaltung
Bernastrasse 28
3003 Bern

Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. September 2018 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung (SR 531.215.41) Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat ist mit der Vorlage einverstanden und verzichtet auf eine einlässliche Vernehmlassung.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 4. Dezember 2018



Im Namen des Regierungsrats
Der Landammann Der Kanzleidirektor

Roger Nager

Roman Balli



CH-6061 Sarnen, Postfach 1264, VD

A-Post

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundesamt für wirtschaftliche
Landesversorgung (BWL)
Sektion Vorratshaltung
Bernastrasse 28
3003 Bern

Vorab per Mail:
info@bwl.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.3317
Unser Zeichen: wi

Sarnen, 20. Dezember 2018

Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung; Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zur Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung danken wir Ihnen. Wir sind mit der Vorlage einverstanden.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdepartement



Daniel Wyler
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei mit den Akten (OWSTK.3317)



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung WBF
Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 18. Dezember 2018

Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sie haben uns mit Schreiben vom 21. September 2018 zur Vernehmlassung zu einer vorgesehenen Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung eingeladen.

Wir danken für die Möglichkeit der Mitwirkung. Zu den vorgesehenen Änderungen haben wir keine Hinweise anzubringen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Res Schmid
Landammann




lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:
- info@bwl.admin.ch

Volkswirtschaft und Inneres
Zwinglistrasse 6
8750 Glarus

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
WBF
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Glarus, 30. November 2018
Unsere Ref: 2018-212

Vernehmlassung i. S. Mineralölpflichtlagerverordnung

Hochgeachteter Herr Bundesrat

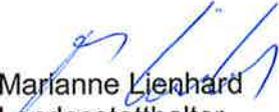
Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Das Departement Volkswirtschaft und Inneres begrüsst die Anpassung der Mineralölpflichtlagerverordnung an die geänderten Marktverhältnisse. Im Speziellen begrüssen wir die Gleichstellung der Importeure und inländischen Hersteller.

Der geplanten Änderung der Verordnung haben wir nichts anzufügen.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse


Marianne Lienhard
Landesstatthalter

E-Mail an: info@bwl.admin.ch

versandt am:

Baudirektion, Postfach, 6301 Zug

A-Post

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Herr Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann
3003 Bern

T direkt 041 728 53 13
arnold.brunner@zg.ch
Zug, 19. November 2018 AB/las 
Laufnummer: 53216

**Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. September 2018 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF dem Kanton Zug die obgenannte Verordnungsänderung zur Vernehmlassung zugestellt. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat die Baudirektion mit der direkten Erledigung dieses Geschäfts beauftragt. Gerne äussern wir uns dazu nach Einbezug weiterer kantonaler Fachdirektionen und -ämter.

Die Änderung der Verordnung sieht vor, im Bereich der Mineralölprodukte die Ungleichbehandlung zwischen Importen und im Inland hergestellten Biokomponenten bzw. zwischen Importeuren und Erstinverkehrbringenden zu beseitigen.

Dem erläuternden Bericht ist zu entnehmen, dass den neu der Lagerpflicht unterstellten Betrieben ein gewisser Mehraufwand entsteht (durch die Lagerpflicht bzw. der Mandatierung von Unternehmen, welche die Lagerhaltung in Stellvertretung sicherstellen). Ebenso ist diesem Bericht aber zu entnehmen, dass die Änderungen der Verordnung keine Auswirkungen auf die Kantone haben werden. Gleiches gilt für den Bund.

In der Sitzung vom 25. September 2018 hat der Regierungsrat dem kantonalen Amt für Raumplanung den Auftrag erteilt, allfällige Auswirkungen auf das Tanklager in Rotkreuz zu prüfen. Da dieses Tanklager dem Bund gehört und dieser von der Verordnungsänderung nicht betrof-

Seite 2/2

fen ist, sind keine unmittelbaren Auswirkungen auf dieses Pflichtlager zu erwarten. Bestätigt wird diese Schlussfolgerung auf unsere Nachfrage auch durch die Antwort von Stefan Menzi, stv. Chef der Sektion Vorratshaltung des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung BWL.

Zusammengefasst halten wir fest, dass aus unserer Sicht nichts gegen die geplante Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung spricht.

Wir bedanken uns für Ihre Bemühungen und hoffen, Ihnen mit unserer Vernehmlassung gedient zu haben.

Freundliche Grüsse
Baudirektion



Urs Hürlimann
Regierungsrat

Kopie an:

- info@bwl.admin.ch
- Volkswirtschaftsdirektion
- Amt für Raumplanung



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral de l'économie, de la
formation et de la recherche (DEFR)
Monsieur Johann N. Schneider-Ammann
Conseiller fédéral
3003 Berne

Document PDF et Word à :
info@bwl.admin.ch

Fribourg, le 10 décembre 2018

Modification de l'ordonnance sur le stockage d'huiles minérales

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons au courrier du 21 septembre 2018, lequel a retenu toute notre attention, et avons l'honneur de vous transmettre notre détermination concernant la modification de l'ordonnance sur le stockage d'huiles minérales.

Après analyse du dossier par les différentes directions concernées, le Conseil d'Etat vous informe qu'il n'a pas de remarques particulières à formuler.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :


Georges Godel
Président




Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Rathaus, Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 24 31
kanzlei@vd.so.ch
www.so.ch

Brigit Wyss
Regierungsrätin

Bundesamt für wirtschaftliche
Landesversorgung BWL
Bernastrasse 28
3003 Bern

6. Dezember 2018

GK 4709

Vernehmlassung zur Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung; Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. September 2018 hat der Vorsteher des eidgenössischen Departementes für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF die Kantone zur Stellungnahme zu den Änderungen des Bundesrates in der Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von flüssigen Brennstoffen (Mineralölpflichtlagerverordnung) eingeladen. Im Namen des Regierungsrates des Kantons Solothurn bedanke ich mich für diese Möglichkeit und erlaube mir, folgende Bemerkungen anzufügen:

Bemerkungen Kanton Solothurn

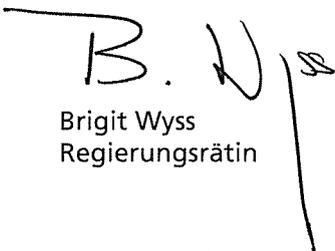
Der Kanton Solothurn ist mit den Änderungen in der Mineralölpflichtlagerverordnung vollumfänglich einverstanden. Aktuell untersteht jedoch im Kanton kein Hersteller oder Abnehmer der Pflichtlagerhaltung von Benzin und Dieselöl, da diese pro Kalenderjahr weniger als 3'000 m³ in Verkehr bringen.

Allgemeine Bemerkungen

Wir nehmen mit zur Kenntnis, dass sich der Anteil der Biotreibstoffe am Gesamtabsatz von Benzin und Dieselöl in den letzten Jahren sukzessive erhöht hat und heute rund ein Viertel der in der Schweiz verwendeten fossilen Treibstoffe mit Biokomponenten versetzt ist. Wir sehen daher die Ausweitung der Pflichtlagerhaltung auf die biogenen Komponenten als richtige und zukunftsweisende Konsequenz. Damit wird die Versorgungssicherheit des Landes für den Fall einer schweren Mangellage an flüssigen Treib- und Brennstoffen gestärkt.

Wir danken Ihnen im Voraus bestens für Ihre Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüssen


Brigit Wyss
Regierungsrätin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Per Mail an info@bwl.admin.ch

Bundesamt für wirtschaftliche
Landesversorgung, Sektion Vorratshaltung
Bernastrasse 28
3003 Bern

Basel, 24. Oktober 2018

Regierungsratsbeschluss vom 23. Oktober 2018

Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Ihre Einladung vom 21. September 2018 zur Stellungnahme zur Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung.

Der Regierungsrat stimmt der vorgesehenen Verordnungsänderung zu.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Landeskanzlei
Rathausstrasse 2
4410 Liestal
061 552 50 06
landeskanzlei@bl.ch
www.bl.ch

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und
Forschung WBF
Bern

Per E-Mail an:
info@bwl.admin.ch

Liestal, 18. Dezember 2018

Vernehmlassung

zur Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung (Unterstellung des ersten Inverkehrbringers unter die Lagerpflicht)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft befürwortet den unterbreiteten Revisionsentwurf. Heute werden dem Benzin und dem Dieselöl vermehrt Biokomponenten beigemischt, die zum Teil auch im Inland hergestellt werden. Mit der entworfenen Verordnungsänderung will der Bundesrat neu die Inlandproduktion von Biotreibstoffen bezüglich Pflichtlagerhaltung den Importen von Treibstoffen gleichstellen. Wir erachten dies als sachgerecht und stimmen dem Vorschlag zu.

Hochachtungsvoll



Monica Gschwind
Regierungspräsidentin



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

Kanton Schaffhausen
Volkswirtschaftsdepartement

Mühlentalstrasse 105
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 73 80
sekretariat.vd@ktsh.ch



Volkswirtschaftsdepartement

Bundesamt für wirtschaftliche
Landesversorgung
Stefan Menzi

Per Mail

Schaffhausen, 20. Dezember 2018

Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. September 2018 wurde uns die Möglichkeit einer Stellungnahme in obgenannter Angelegenheit eröffnet.

Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und teilen Ihnen innert Frist mit, dass wir zur vorgeschlagenen Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung keine Bemerkungen haben.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdepartement
Der Vorsteher:

Ernst Landolt
Regierungsrat



Herr Bundesrat
Johann Schneider-Ammann
Bundeshaus
3003 Bern
info@bwl.admin.ch

Paul Signer
Landammann
Tel. +41 71 353 68 40
paul.signer@ar.ch

Herisau, 6. Dezember 2018

Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung; Vernehmlassung; Stellungnahme des Kantons Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 21. September 2018 haben Sie die Kantonsregierungen gebeten, zur rubrizierten Verordnungsänderung Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und bringen gerne unsere Bemerkungen ein.

1. Allgemeine Bemerkungen

Das Departement Inneres und Sicherheit des Kantons Appenzell Ausserrhoden begrüsst die Weiterentwicklung der Mineralölpflichtlagerverordnung.

2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Ad Artikel 4a: Die vorgesehene Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung sieht eine Gleichbehandlung der inländischen Herstellern von flüssigen Treib- und Brennstoffen samt deren zusätzlichen Komponenten gegenüber den Importeuren vor. Bisher waren erstere bezüglich Pflichtlagerhaltung und Beiträgen an den Garantiefonds bessergestellt. Die Beseitigung dieser Ungleichbehandlung ist nachvollziehbar.

Ad Artikel 5: Ebenso einleuchtend ist die Festlegung einer Mindestmenge von 3000 Kubikmetern in Verkehr gebrachter Treib- und Brennstoffe pro Kalenderjahr für die Unterstellung unter die Pflichtlagerhaltung. Damit wird vermieden, dass insbesondere kleine Hersteller von biogenen inländischen Treib- und Brennstoffen einen unverhältnismässig grossen Aufwand für diese Pflicht betreiben müssen, was sie gegenüber den grossen Playern benachteiligen würde. Dies ist eine zeitgemässe Regelung.



Ad Artikel 9 Abs. 2: Der Aufwand für die Meldepflicht scheint gering und ist insbesondere von Interesse für die kleinen Hersteller.

3. Kontaktperson

Zuständige Kontaktperson beim Amt für Militär und Bevölkerungsschutz:

Detlev Eberhard, Koordinationsstelle für den Bevölkerungsschutz
Schützenstrasse 1
9100 Herisau
Detlev.Eberhard@ar.ch
Tel. 071 353 62 21

Freundliche Grüsse

Paul Signer

Kopie an:

- Marc Rüdin, Leiter MBS



Reg. Nr.	
12. NOV. 2018	
pl	Re

KANTON
APPENZEL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 20
regina.doerig@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundesamt für wirtschaftliche
Landesversorgung
3003 Bern

Appenzell, 9. November 2018

**Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung
Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. September 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie ist mit dem Vorschlag einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- info@bwl.admin.ch
- Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Volkswirtschaftsdepartement, Generalsekretariat, Davidstrasse 35, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung WBF
3003 Bern

Bruno Damann
Regierungsrat
Volkswirtschaftsdepartement
Davidstrasse 35
9001 St.Gallen
T +41 58 229 34 87
bruno.damann@sg.ch

St.Gallen, 20. November 2018

Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von flüssigen Treib- und Brennstoffen; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 21. September 2018, mit dem Sie uns einladen, zur eingangs erwähnten Vorlage bis spätestens 4. Januar 2019 Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen uns wie folgt vernehmen:

Die beabsichtigte Anpassung der Mineralöllagerpflicht erscheint zielgerichtet und gibt aus Sicht des Kantons keinen Anlass zu Bemerkungen. In diesem Sinn verzichten wir auf eine weitergehende Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Der Vorsteher

Bruno Damann
Regierungsrat

Kopie an:

- info@bwl.admin.ch (als word- und als pdf-Dokument)



Sitzung vom

27. November 2018

Mitgeteilt den

27. November 2018

Protokoll Nr.

901

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Per E-Mail an: info@bwl.admin.ch

Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens - Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 21. September 2018 in erwähnter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Kanton Graubünden stimmt der vorgeschlagenen Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung zu. Bei der vorliegenden Revision handelt es sich um eine Anpassung der Verordnung an die aktuellen Gegebenheiten, insbesondere die gestiegene Inlandproduktion von Biotreibstoffen, welche bis anhin nicht der Pflichtlagerhaltung unterstellt war. Mit der Revision wird gleichzeitig eine gewisse Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der Treibstoffimporte eliminiert. Die Revision führt weder auf kantonaler noch auf Bundesebene zu massgeblichen Zusatzaufwendungen. Auch der administrative Aufwand für die betroffenen Unternehmen ist verhältnismässig klein.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Cavigelli".

Dr. Mario Cavigelli

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Daniel Spadin".

Daniel Spadin



KANTON AARGAU

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Bundesamt für wirtschaftliche
Landesversorgung
Bernastrasse 28
3003 Bern

19. Dezember 2018

Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. September 2018 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zur Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für diese Gelegenheit, die er gerne wahrnimmt.

Die Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung führt zu einer Gleichbehandlung von importierten Waren und inländischer Produktion. Damit wird eine Wettbewerbsverzerrung beseitigt. Zudem führt die Regelung der heute bereits faktisch erfüllten Meldepflicht der Warenmengen pro Abnehmerin oder Abnehmer zu einer erhöhten Verordnungsklarheit und stärkt damit die Rechtssicherheit.

Daher unterstützt es der Regierungsrat, dass die Lagerung und Erfassung von Mineralölprodukten den aktuellen Gegebenheiten sowie den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Landesversorgung angepasst werden. Die Gleichstellung von Import- und Inlandwaren ist zeitgemäss und sinnvoll. Den vorgeschlagenen Änderungen stimmt der Regierungsrat vollumfänglich zu.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- info@bwl.admin.ch

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Herr Johann N. Schneider-Ammann
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 4. Dezember 2018

Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, in oben erwähnter Angelegenheit Stellung nehmen zu können. Wir begrüßen die vorgesehene Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung und erachten diese als zweckmässig.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatschreiber



Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale dell'economia,
della formazione e della ricerca DEFR
Ufficio federale per l'approvvigionamento
economico del paese UFAE
Bernstrasse 28
3003 Berna

Invio per posta elettronica:
info@bwl.admin.ch

Consultazione sulla modifica dell'ordinanza concernente la costituzione di scorte obbligatorie di carburanti e combustibili liquidi

Gentili Signore,
egregi Signori,

vi ringraziamo per l'invito a prendere posizione in merito alla consultazione sulla modifica dell'ordinanza concernente la costituzione di scorte obbligatorie di carburanti e combustibili liquidi.

A tale proposito vi informiamo che non abbiamo nessuna osservazione particolare da formularvi.

Ringraziandovi per la preziosa opportunità accordata di esprimerci in materia, vogliate gradire, gentili Signore ed egregi Signori, l'espressione della nostra stima.

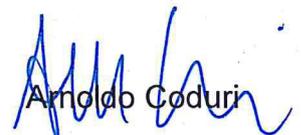
PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



Claudio Zali

Il Cancelliere:



Arnoldo Coduri

Copia:

- Divisione dell'economia (dfe-de@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in internet.

28. DEZ. 2018



2018.04674

Monsieur
Johann N. Schneider-Ammann
Conseiller fédéral
Chef du Département de l'économie, de la
formation et de la recherche DEFR
Palais fédéral est
3003 Berne

Références : DEF/PMR

Date 19 DEC. 2018

Modification de l'ordonnance sur le stockage d'huiles minérales
Réponse à la consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de l'avoir consulté sur la modification de l'ordonnance sur le stockage d'huiles minérales.

Comme mentionné l'implication des fabricants suisses de composants biogènes répond à l'engagement de la Suisse à l'OMC de ne pas discriminer les marchandises importées.

Elle renforcera aussi le fonds de garantie de l'organisation chargée des réserves obligatoires dans le secteur pétrolier suisse (Carbura) et, par là, notre sécurité d'approvisionnement.

Nous pouvons donc approuver cette modification d'ordonnance qui n'a pas d'incidence sur les cantons.

En vous sachant gré de votre attention, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'assurance de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

La présidente

Esther Waeber-Kalbermatten

Le chancelier

Philipp Spörri



Copie à wp-sekretariat@seco-admin.ch





LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courriel : info@bwl.admin.ch
Département fédéral de l'économie,
de la formation et de la recherche
3003 Berne

Modification de l'ordonnance sur le stockage d'huiles minérales : procédure de consultation

Monsieur le conseiller fédéral,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel a pris connaissance de la consultation du Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR) relative à la modification de l'ordonnance sur le stockage d'huiles minérales et vous remercie de lui offrir la possibilité de donner son avis à ce sujet.

Dans le contexte du marché, nous approuvons la modification proposée afin qu'il n'y ait pas de distorsion de concurrence au détriment des importateurs pour les biocarburants que ceux-ci soient importés ou fabriqués en Suisse. Il est donc équitable que les fabricants suisses soient aussi astreints au stockage obligatoire de ce type de produits.

En vous remerciant de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 14 novembre 2018

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. KURTH

La chancelière,
S. DESPLAND



NE



REPUBLIQUE ET CANTON DE GENEVE
Chancellerie d'Etat
Service administratif du Conseil d'Etat

Reg. Nr.			
0 7. DEZ. 2018			
	pl		
	Mr		

CHA - SACE
Case postale 3964
1211 Genève 3

Office fédéral pour l'approvisionnement
économique du pays
Monsieur Stefan Menzi
Suppléant du chef de la section stockage
Bernastrasse 28
3003 Berne

N° du courrier : 5928-2018

Genève, le 5 décembre 2018

Concerne : Modification de l'ordonnance sur le stockage obligatoire de carburants et combustibles liquides (RS 531.215.41) – Consultation fédérale

Monsieur le Suppléant,

La Chancellerie d'Etat nous prie de vous transmettre, sous ce pli, une copie du courrier adressé ce jour, à Monsieur Johann N. SCHNEIDER-AMMANN, conseiller fédéral, relatif à l'objet mentionné sous rubrique.

Veillez agréer, Monsieur le Suppléant, l'assurance de notre considération distinguée.

Service administratif
du Conseil d'Etat

Annexe mentionnée



Genève, le 5 décembre 2018

Le Conseil d'Etat

5928-2018

Reg. Nr.			
07. DEZ. 2018			
		pl	
		re	

Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR)
Monsieur
Johann N. SCHNEIDER-AMMANN
Conseiller fédéral
Palais fédéral Est
3003 Berne

Concerne : modification de l'ordonnance sur le stockage obligatoire de carburants et combustibles liquides (RS 531.215.41) - Consultation fédérale

Monsieur le Conseiller fédéral,

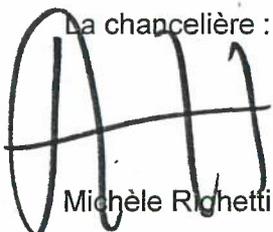
Notre Conseil vous remercie de la consultation relative au projet de modification d'ordonnance mentionné en exergue, qui n'appelle aucun commentaire particulier de notre part.

Comme requis, nous vous communiquons ci-dessous les coordonnées du collaborateur chargé de ce dossier au sein de l'Etat de Genève :

Monsieur Daniel Chambaz
Directeur général
Office cantonal de l'environnement
Chemin de la Gravière 6
1227 Les Acacias (GE)
Tél. : + 41 22 388 80 01
Courriel : daniel.chambaz@etat.ge.ch

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Michèle Richetti

Le président :

Antonio Hodgers

Copie à : - Office fédéral pour l'approvisionnement économique du pays
- info@bwl.admin.ch

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Département fédéral de l'économie,
de la formation et de la recherche DEFR
Monsieur le Conseiller fédéral
Johann N. Schneider-Ammann
Palais fédéral
3003 Berne

Delémont, le 4 décembre 2018

Modification de l'ordonnance sur le stockage d'huiles minérales : prise de position de la République et Canton du Jura

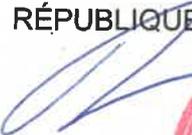
Monsieur le Conseiller fédéral,
Madame, Monsieur,

Le Gouvernement jurassien accuse réception de votre courrier du 21 septembre 2018 relatif à la modification de l'ordonnance sur le stockage d'huiles minérales. Il vous remercie de l'avoir consulté.

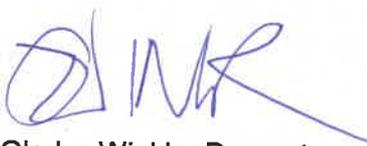
Il accepte les modifications proposées et n'a pas de remarque particulière à formuler.

Tout en vous remerciant de prendre note de ce qui précède, le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous présente, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, ses salutations distinguées.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


David Eray
Président




Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'État

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung
Sektion Vorratshaltung
Bernastrasse 28
3003 Bern

Bern, 21. Dezember 2018
Mineralölpflichtlager / MM

Per Mail an info@bwl.admin.ch

Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

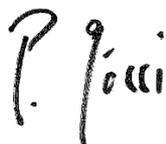
FDP.Die Liberalen begrüsst die Anpassung der Mineralölpflichtlagerverordnung. Mit dem konstant steigenden Anteil der Biotreibstoffe am Gesamtabsatz beim Benzin und Dieselöl hat sich auch die Relevanz dieser Mengen für die Versorgungssicherheit der Schweiz erhöht. Obwohl bereits die importierten Biotreibstoffe der Pflichtlagerhaltung unterstehen, hat man bis jetzt die im Inland hergestellten bzw. verarbeiteten biogenen Treib- und Brennstoffe davon ausgenommen. Dadurch entsteht eine Wettbewerbsbenachteiligung der importierten Treib- und Brennstoffe, die mit dieser Anpassung der Verordnung behoben werden soll. Mit der folgerichtigen Unterstellung der im Inland produzierten oder verarbeiteten Treib- und Brennstoffe aus biogenen Komponenten unter die Pflichtlagerhaltung wird die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und der Wirtschaft verbessert. Die FDP fordert aber, dass die neue Pflichtlagerhaltung für die inländischen Hersteller so unbürokratisch wie möglich umgesetzt wird, damit dadurch keine unverhältnismässigen Kosten entstehen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Der Generalsekretär



Petra Gössi
Nationalrätin

Samuel Lanz

Bern, 20. Dezember 2018

Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Einladung, zur Vernehmlassung Stellung zu nehmen.

Die Pflichtlagerhaltung von biogenen Treibstoffen, sowohl importiert wie inländisch produziert, ist eine aus Sicht der SVP sinnvolle Massnahme. Umso mehr, wenn sie Wettbewerbsverzerrungen entgegengewirkt.

Die gleiche Garantiefondsbeitragspflicht für Importeure und Inlandproduzenten sorgt für eine breitere Lastenverteilung, was eine weitere Stärkung der Landesversorgung bedeutet. Acht zu geben ist auf eine Ausgestaltung der Meldepflicht, die den administrativen Aufwand für die Inlandproduzenten auf das notwendige Minimum beschränkt.

Ganz generell begrüsst die SVP Schweiz alle vorsorglichen Massnahmen, die das Land wieder besser gegen Mangel-, Krisen- und Konfliktlagen wappnen. Denn gerade in einer immer stärker vernetzten Welt ist gelebte Eigenverantwortung der nachhaltigste Beitrag an die internationale Stabilität.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Albert Rösti
Nationalrat

Der Generalsekretär



Emanuel Waeber



Sozialdemokratische Partei der Schweiz / Parti Socialiste Suisse
Zentralsekretariat / Secrétariat central
Theaterplatz 4, 3011 Bern
Postfach / Case postale, 3001 Bern
Tel. 031 329 69 69 / www.spschweiz.ch / www.pssuisse.ch

Per Mail an: Info@bwl.admin.ch

Bern, 13. Dezember 2018

Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung; Unterstellung des ersten Inverkehrbringers unter die Lagerpflicht: Stellungnahme SP Schweiz

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

1. Grundsätzliche Bemerkungen

- Die seit 2008 geltende Steuerbefreiung von biogenen Treibstoffen hat in Kombination mit der seit 2014 möglichen Anrechnung von biogenen Treibstoffen an die Treibstoffkompensationspflicht dazu geführt, dass sich der Anteil der Biotreibstoffe am Gesamtabsatz bei Benzin und Dieselöl erhöht hat. Rund ein Viertel der in der Schweiz verwendeten fossilen Treibstoffe ist mit Biokomponenten versetzt. Als Folge davon wurde mit der Änderung der Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von flüssigen Treib- und Brennstoffen *importiertes* Bioethanol der Pflichtlagerhaltung unterstellt.
- Da biogene Komponenten auch im Inland hergestellt und fossilen Treibstoffen beigemischt werden, entstehen bei der Pflichtlagerhaltung von flüssigen Treib- und Brennstoffen Wettbewerbsnachteile zulasten des Imports von biogenen Komponenten. Die Mineralölpflichtlagerverordnung soll daher angepasst werden. Die entsprechenden Betriebe sollen der Lagerpflicht unterstellt werden.
- Weiter soll der Warenausstoss der Erdölraffinerie Cressier in das System Pflichtlagerhaltung von flüssigen Treib- und Brennstoffen eingebunden werden. Die Erdölraffinerie hat ihren Beitrag an die Pflichtlagerhaltung von flüssigen Treib- und Brennstoffen bisher freiwillig geleistet. Mineralölprodukte, die durch Treib- und Brennstoffhändler von der einzigen Erdölraffinerie bezogen werden, sind bereits in die Pflichtlagerhaltung integriert, sowohl in Bezug auf Lagermengen als auch auf die Belastung durch Beiträge an den Garantiefonds der Pflichtlagerorganisation der Mineralölwirtschaft Carbura.
- Inländische Hersteller und Abnehmer solcher Waren sollen von der Vertragspflicht befreit sein, wenn sie weniger als 3000 m³ pro Kalenderjahr in Verkehr bringen. Betriebe, die neu der Pflichtlagerhaltung unterstellt werden, aber keinen nennenswerten Beitrag an die Versorgungssicherheit liefern, müssen auch künftig keine Pflichtlager halten.
- Weiter sollen die Erdölraffinerie und die übrigen Herstellungsbetriebe der Carbura monatlich die pro Abnehmer bezogenen Warenmengen melden.

Die SP befürwortet die vorgeschlagenen Anpassungen im Grundsatz. Wir halten an dieser Stelle aber auf einer übergeordneten Ebene fest, dass wir den möglichst raschen Ausstieg aus den fossi-

len Brenn- und Treibstoffen fordern und dass die Schweiz gefordert ist, die Klimaziele von Paris umzusetzen. Das setzt eine Energiewende voraus, die rein auf erneuerbare Energien setzt.

2. Spezifische Bemerkungen zur Vorlage

Art. 4a Lagerpflicht des ersten Inverkehrbringers

- Mit diesem Artikel wird zusätzlich zur bestehenden Lagerpflicht des Importeurs die Lagerpflicht des ersten Inverkehrbringers von flüssigen Treib- und Brennstoffen vorgesehen. Damit wird die Inlandproduktion den Importen gleichgestellt. Die aktuelle Regelung sieht nur eine Lagerpflicht für Importeure vor. **Wir stimmen dieser Anpassung grundsätzlich zu, halten aber fest, dass auch künftig die heutigen strengen Vorgaben in Bezug auf ökologische und soziale Standards gelten müssen.**

Art. 5 Befreiung von der Vertragspflicht

- Importeure und Erstinverkehrbringer von Kleinmengen an flüssigen Treib- und Brennstoffen sollen keine Pflichtlager halten müssen. Damit wird vermieden, dass einzelne Firmen sehr kleine Pflichtlagermengen halten, was zu höheren Lagerkosten führt. Diese Regelung besteht bereits für Importeure und wird auf die neu der Lagerpflicht unterstellten Erstinverkehrbringer ausgedehnt. **Aus Gründen der Praktikabilität scheint uns dieser Vorschlag sinnvoll zu sein.**

Art. 9 Abs. 2 Meldepflichten

- Zur Erhebung von Garantiefondsbeiträgen sowie zur absatzabhängigen Zuteilung von Pflichtlagermengen müssen importierte oder erstmals in Verkehr gebrachte Mengen erfasst werden. Zur Erfassung der Importe werden die Daten der Zollverwaltung herangezogen. Um die im Inland in Verkehr gebrachten Mengen erfassen zu können, sieht die Bestimmung vor, dass Raffinerien und Erstinverkehrbringer der Carburant monatlich die Warenmengen pro Abnehmer melden. **Wir unterstützen diese Bestimmung aus Gründen der Transparenz und der Nachvollziehbarkeit.**

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen
SP Schweiz



Christian Levrat
Präsident SP Schweiz



Chantal Gahlinger
Politische Fachsekretärin SP Schweiz



Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung
Sektion Vorratshaltung
Bernastrasse 28
3003 Bern

Per Mail: stefan.menzi@bwl.admin.ch

Bern, 11. Oktober 2018

Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, an der Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir trotz der unbestrittenen Bedeutung der Vorlage aus Kapazitätsgründen auf eine Teilnahme verzichten müssen.

Besten Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband
Stv. Direktor

Martin Tschirren

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung
Sektion Vorratshaltung
Bernastrasse 28
3003 Bern
Per Email: info@bwl.admin.ch

Bern, 21. Dezember 2018 sgv-Sc

Vernehmlassungsantwort
Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Der sgv unterstützt die vorgeschlagenen Änderungen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv



Hans-Ulrich Bigler
Direktor, Nationalrat



Henrique Schneider
stellvertretender Direktor

Widmer Corina BWL

Von: Widmer Corina BWL
Gesendet: Mittwoch, 9. Januar 2019 08:52
An: Widmer Corina BWL
Betreff: WG: Verzicht zur Stellungnahme: Änderung der Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von flüssigen Treib- und Brennstoffen (SR 531.215.41): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Von: Maeder Sabine <maeder@arbeitgeber.ch>
Gesendet: Mittwoch, 26. September 2018 15:18
An: _BWL-Info <info_BWL@bwl.admin.ch>
Betreff: Verzicht zur Stellungnahme: Änderung der Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von flüssigen Treib- und Brennstoffen (SR 531.215.41): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir wurden zur Stellungnahme zum obengenannten Geschäft eingeladen. Für die uns dazu gebotene Gelegenheit danken wir Ihnen bestens.

Da diese Frage die Arbeitgeber nicht direkt betrifft, verzichten wir auf eine Eingabe.

Freundliche Grüsse
Sabine Maeder im Auftrag von Prof. Dr. Roland A. Müller, Direktor

Sabine Maeder
Assistentin
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich
Tel. +41 44 421 17 17
Fax +41 44 421 17 18
Direktwahl: +41 44 421 17 42
maeder@arbeitgeber.ch
<http://www.arbeitgeber.ch>



info@bwl.admin.ch
Bundesamt für wirtschaftliche
Landesversorgung (BWL)

3003 Bern

Brugg, 12. Dezember 2018

Zuständig: Jaeggi Thomas
Sekretariat: Jeanette Sacher
Dokument: SBV Stellungnahme SBV zur Änderung
Mineralölpflichtlager 181212

Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung - Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 21. September 2018 laden Sie uns ein, zur Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung Stellung zu nehmen. Besten Dank.

Grundsätzliche Erwägungen

Der Schweizer Bauernverband (SBV) lehnt die geplante Änderung der Verordnung ab. Im erläuternden Bericht sind die notwendigen Informationen für eine fundierte Beurteilung der Vorlage nicht vorhanden. Insbesondere sind keine quantitativen Angaben über die im Inland hergestellte Menge biogener Treib- oder Brennstoffe. Ebenso fehlen die Informationen über die Importmengen.

Angesichts der grossen Mengen importierter Treibstoffe ist kaum mit einem relevanten Anteil biogener inländischer Treibstoffe zu rechnen. Daher verbietet schon der zu erwartende administrative Mehraufwand diese Veränderungsänderung.

Anlässlich der parlamentarischen Beratung des neuen Landesversorgungsgesetzes hat der SBV bei Lebens- und Futtermitteln sowie Saat- und Pflanzgut die Erhebung einer Erstinverkehrbringerabgabe im Inland erfolgreich bekämpft. Die Bundesverwaltung bestritt dabei die vom SBV kritisierte Inländerdiskriminierung durch die Erstinverkehrbringerabgabe. Daher erstaunt es umso mehr, dass nun bei biogenen Brenn- und Treibstoffen von der Bundesverwaltung mit dem verhindern eines Wettbewerbsnachteils zulasten des Imports argumentiert wird.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen und die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizer Bauernverband



Markus Ritter
Präsident



Jacques Bourgeois
Direktor

Widmer Corina BWL

Von: office@biofuels-schweiz.org
Gesendet: Donnerstag, 13. Dezember 2018 10:31
An: Menzi Stefan BWL
Cc: Lehmann Peter BWL; Wyttenbach Thomas BWL; Flütsch Franz BWL; Flessenkämper Alfred BWL; Schläppi Simon BWL; Lutz Corinne BWL; 'Roland Bilanz'; andrea.studer@carbura.ch; martin.rahn@carbura.ch
Betreff: AW: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens - Änderung der Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von flüssigen Treib- und Brennstoffen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit zur Teilnahme an der Vernehmlassung über die Änderung der Pflichtlagerverordnung danken wir Ihnen bestens. Sowohl die Hersteller / Verarbeiter als auch die Importeure von biogenen Treib- und Brennstoffen sind Mitglieder unseres Verbandes. Die Importeure von biogenen Treib- und Brennstoffen sind seit 1. Juni 2018 auch Mitglieder von Carbura.

Die Stellungnahme unseres Verbandes deckt sich deshalb mit der Stellungnahme der Carbura, die Sie in diesen Tagen erhalten haben. Im Sinne einer Gleichbehandlung aller Branchenteilnehmer sind wir mit den Änderungen der Verordnung einverstanden und bitten Sie, die Änderungen und Präzisierungen der Carbura bei der Revision der Verordnung zu übernehmen.

Besten Dank und freundliche Grüsse

Ueli Frei
Geschäftsführer

Biofuels Schweiz

Bahnhofstrasse 9
CH-4450 Sissach

Office: +41 61 983 11 11
Mobil: +41 79 788 56 11

Von: stefan.menzi@bwl.admin.ch <stefan.menzi@bwl.admin.ch>

Gesendet: Freitag, 21. September 2018 09:51

An: mail@bdp.info; info@cvp.ch; ch.schaeli@gmx.net; info@cspo.ch; vernehmlassungen@evppev.ch; info@fdp.ch; gruene@gruene.ch; schweiz@grunliberale.ch; lorenzo.quadri@mattino.ch; info@mcge.ch; pdaz@pda.ch; gs@svp.ch; verena.loembe@spschweiz.ch; verband@chgemeinden.ch; info@staedteverband.ch; info@sab.ch; verband@chgemeinden.ch; info@staedteverband.ch; info@sab.ch; info@economiesuisse.ch; bern@economiesuisse.ch; sandra.spieser@economiesuisse.ch; info@sgv-usam.ch; verband@arbeitgeber.ch; info@sbv-usp.ch; office@sba.ch; info@sgb.ch; politik@kfmv.ch; info@travailsuisse.ch; office@biofuels-schweiz.org
Cc: peter.lehmann@bwl.admin.ch; thomas.wyttenbach@bwl.admin.ch; franz-andreas.fluetsch@bwl.admin.ch; alfred.flessenkaemper@bwl.admin.ch; simon.schlaepi@bwl.admin.ch; corinne.lutz@bwl.admin.ch

Betreff: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens - ouverture de la procédure de consultation - avvio della procedura di consultazione (Organisationen)

Änderung der Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von flüssigen Treib- und Brennstoffen (SR 531.215.41): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 21. September 2018 das WBF beauftragt, zur Änderung der Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von flüssigen Treib- und Brennstoffen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. In diesem Zusammenhang erhalten Sie in der Beilage ein Orientierungsschreiben. Die Vernehmlassungsunterlagen können bezogen werden über folgende Internetadresse:
<https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>

Wir bitten Sie um Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung bis am

Freitag, 4. Januar 2019.

Ihre elektronische Stellungnahme richten Sie bitte an:

Stefan Menzi, Stv. Leiter Sektion Vorratshaltung, Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung BWL,
E-Mail: info@bwl.admin.ch

Der Unterzeichnende steht Ihnen auch bei Fragen gerne zur Verfügung.

Ohne Ihren Bericht bis zum genannten Zeitpunkt gehen wir davon aus, dass Sie keine Stellungnahme einreichen möchten.

Freundliche Grüsse

Stefan Menzi

Stv. Chef Sektion Vorratshaltung

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung BWL
Sektion Vorratshaltung

Bernastrasse 28, 3003 Bern

Tel +41 58 462 21 68

Fax +41 58 462 20 57

stefan.menzi@bwl.admin.ch

www.bwl.admin.ch

Modification de l'ordonnance sur le stockage obligatoire de carburants et combustibles liquides (RS 531.215.41) : ouverture de la procédure de consultation

Madame, Monsieur,

Le 21 septembre 2018, le Conseil fédéral a chargé le DEFR de lancer une procédure de consultation relative à la modification de l'ordonnance sur le stockage obligatoire de carburants et combustibles liquides. Aussi trouverez-vous, en pièce jointe, un courrier d'information. Vous pouvez télécharger l'ensemble de ces documents à l'adresse suivante :

<http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>

Nous vous prions de vous prononcer, dans le cadre de la consultation, d'ici au

vendredi 4 janvier 2019.

Veuillez envoyer votre prise de position par mél à :

M. Stefan Menzi, suppl. chef section stockage, Office fédéral pour l'approvisionnement économique du pays, info@bwl.admin.ch

Le signataire est à votre disposition pour toute question.

Sans réponse de votre part au délai indiqué, nous considérerons que vous ne tenez pas à vous prononcer.

Meilleures salutations

Stefan Menzi

suppléant du chef de la section stockage

Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche DEFR
Office fédéral pour l'approvisionnement économique du pays OFAE

Bernastrasse 28, 3003 Berne

tél. +41 58 462 21 68

fax +41 58 462 20 57

stefan.menzi@bwl.admin.ch

www.bwl.admin.ch

Modifica dell'ordinanza concernente la costituzione di scorte obbligatorie di carburanti e combustibili liquidi (RS 531.215.41): avvio della procedura di consultazione

Gentili Signore e Signori,

il 21 settembre 2018 il Consiglio federale ha incaricato il Dipartimento federale dell'economia, della formazione e della ricerca (DEFR) di avviare una procedura di consultazione sulla modifica dell'ordinanza concernente la costituzione di scorte obbligatorie di carburanti e combustibili liquidi. In allegato troverete quindi una lettera informativa. I documenti in consultazione sono reperibili all'indirizzo:

<https://www.admin.ch/ch/i/gg/pc/pendent.html>

Vi invitiamo a trasmettere il vostro parere per e-mail entro:

venerdì 4 gennaio 2019

a Stefan Menzi, vicecapo Sezione delle Scorte, Ufficio federale per l'approvvigionamento economico del Paese (UFAE), info@bwl.admin.ch

Il sottoscritto resta inoltre a disposizione per qualsiasi domanda.

In mancanza di una risposta entro il termine indicato, riterremo che avete deciso di non inviare alcun parere.

Cordiali saluti

Stefan Menzi

Vicecapo Sezione delle Scorte

Dipartimento federale dell'economia, della formazione e della ricerca DEFR
Ufficio federale per l'approvvigionamento economico del Paese UFAE

Bernastrasse 28, 3003 Berna

Tel. +41 58 462 21 68

Fax +41 58 462 20 57

stefan.menzi@bwl.admin.ch

www.bwl.admin.ch

Vernehmlassungsantwort des VCS Verkehrs-Club der Schweiz zur Mineralölpflichtlagerverordnung

Stefan Menzi
Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung
Sektion Vorratshaltung
Bernastr. 28
3003 Bern
Per E-Mail an: stefan.menzi@bwl.admin.ch

Bern, 24.12.2018

Sehr geehrter Herr Menzi, sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Revision der Mineralölpflichtlagerverordnung.

Als Organisation, die sich für einen langfristig fossilfreien Verkehr einsetzt, nimmt der VCS Verkehrs-Club der Schweiz wie folgt Stellung zu den vom Bundesrat vorgeschlagenen Verordnungsänderungen.

Wir unterstützen die Neuerung, dass in der Schweiz in Cressier raffinierte Treib- und Brennstoffe neu explizit einen Beitrag an die Schweizer Mineralölpflichtlagerhaltung leisten müssen, wie die Raffinerie in Cressier gemäss erläuterndem Bericht des Bundesrates bereits bisher freiwillig getan hat. Dass die bisherige Verordnung zugelassen hätte, dass die Verarbeitung importierter fossiler Energie innerhalb der Schweiz von der Pflichtlagerhaltung ausgeschlossen ist, zeugt von falsch verstandenen Heimatschutz zur Förderung der Produktion fossiler Energieträger. Klimapolitisch und ordnungspolitisch besteht kein Grund, in der Schweiz endverarbeitete fossile Energie einen Wettbewerbsvorteil gegenüber im Ausland endverarbeiteter fossiler Energie zu verschaffen. Wir begrüßen deshalb sehr, die entsprechende Gesetzeslücke zu schliessen.

Mit freundlichen Grüssen

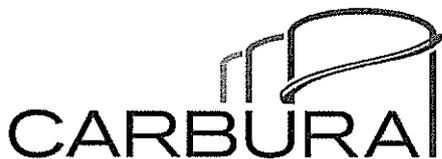
VCS Verkehrsclub der Schweiz



Anders Gautschi, Geschäftsführer



Luc Leumann, Koordinator Bundespolitik



Badenerstrasse 47 Telefon 044 217 41 11
Postfach Telefax 044 217 41 10
8021 Zürich Postcheck 80-21080-8
www.carbura.ch MWST-Nr. CHE-105.841.616 MWST

Bundesrat Johann Schneider-Ammann
Eidgen. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Ihr Zeichen
Ihr Schreiben 21. September 2018

Zürich 17. Dezember 2018
Bearbeiter/in Andrea Studer
Direktwahl 044 217 4147
E-Mail andrea.studer@carbura.ch

Änderung der Mineralölpflichtlager-Verordnung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 21. September 2018 liessen Sie uns die geänderte Mineralölpflichtlager-Verordnung zur Stellungnahme bis 4. Januar 2019 zukommen. Für die Möglichkeit, Stellung nehmen zu können, danken wir Ihnen bestens.

Als Pflichtlagerorganisation für flüssige Treib- und Brennstoffe ist CARBURA direkt von der Umsetzung der Änderung der Mineralölpflichtlager-Verordnung betroffen. CARBURA **unterstützt die Unterstellungen der im Inland hergestellten bzw. verarbeiteten fossilen Treib- und Brennstoffe wie auch jene der biogenen Komponenten unter die Pflichtlagerhaltung**. Die Pflichtlagerhaltung dient der Sicherstellung der Versorgung des Landes mit wichtigen Gütern und Dienstleistungen, in diesem Fall mit Mineralölprodukten. Aus Sicht der CARBURA spielt die Herkunft des Produktes keine Rolle: Es ist unwesentlich, ob die Mineralölprodukte im Ausland produziert und in die Schweiz importiert oder im Inland hergestellt bzw. verarbeitet werden und anschliessend an den Konsumenten verkauft werden:

- Aus Sicht des **Konsumenten** ist wesentlich, dass für die in der Schweiz konsumierten Mineralölprodukte - unabhängig von deren Produktionsort - Pflichtlager gehalten werden, damit die Konsumenten im Falle eines Versorgungsengpasses unter Vermeidung von volkswirtschaftlichen Schäden mit Mineralölprodukten versorgt werden können.
- Aus Sicht der **Wirtschaft** ist die Gleichbehandlung aller im Inland abgesetzten Produkte oberstes Gebot, um allfällige Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden: Dazu zählt, dass alle importierten bzw. im Inland hergestellten und / oder verarbeiteten Mineralölprodukte der Lagerhaltungspflicht unterstellt werden und finanziell gleich belastet werden (Garantiefondsbeitragspflicht).
- Die Versorgungsengpässe der letzten Jahre haben gezeigt, dass Auslöser eines solchen Engpasses nicht nur internationale, sondern auch nationale Ereignisse sein können. Die

Herstellung und / oder Verarbeitung von fossilen Treib- und Brennstoffen wie auch von biogenen Komponenten im Inland kann durch ein solches Ereignis beeinträchtigt, wenn nicht unterbrochen werden. Daher ist es aus versorgungspolitischer Sicht sinnvoll, auch die Inland-Herstellung und / oder Verarbeitung der Pflichtlagerhaltung zu unterstellen.

Zur Änderung der Mineralölpflichtlager-Verordnung haben wir **folgenden Änderungsantrag**:

Art. 4a Abs. 1 Bemessungsgrundlage

Die Änderung sieht in Art. 4a Abs. 1 vor, dass der Lagerhaltungspflicht nur untersteht, wer die im Anhang aufgeführten Waren im Inland *verarbeitet* und anschliessend in den steuerrechtlich freien Verkehr bringt.

Aus unserer Sicht ist hier eine Präzisierung notwendig: Der Lagerhaltungspflicht sollte nicht nur der Verarbeiter der im Anhang aufgeführten Waren im Inland unterstellt sein, sondern auch dessen Hersteller. Die Herstellung eines Produktes ist der erste Schritt in einer Produktionskette (z.B. Herstellung von Heizöl in der Raffinerie). I.d.R. kann ein hergestelltes Produkt dem Konsumenten zur Verwendung geliefert werden. In Ausnahmefällen (z.B. Altplastik) wird ein Produkt erst durch einen weiteren Verarbeitungsschritt in ein vom Konsumenten verwendbares Produkt umgewandelt (z.B. Verarbeitung von Altplastik zu Heizöl). Allfällige Doppelzählungen sind jedoch zu vermeiden.

Deshalb schlagen wir folgende Anpassung in Art. 4a Abs. 1 vor (kursiv und unterstrichen gekennzeichnet):

„...im Anhang aufgeführte Waren, die im Inland hergestellt und/oder verarbeitet werden, zum ersten Mal im Inland in den steuerrechtlich freien Verkehr bringt, ist lagerpflichtig.“

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für weiterführende Informationen und für allfällige Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Andrea Studer



Martin Rahn